

Wir haben den Artikel "Friedensbewegung vor großen Herausforderungen – 40 Jahre Krefelder Appell" von Reiner Braun und Horst Trapp nachgedruckt und kommentiert.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 095/20 – 09.12.20

Friedensbewegung vor großen Herausforderungen 40 Jahre Krefelder Appell –

"Der Atomtod bedroht uns alle – Keine Atomraketen in Europa"

(https://www.frieden-und-zukunft.de/userfiles/pdf/2020/2020-11_Braun-Trapp_40Jahre-KrefelderAppell.pdf)

Die eingeschobenen Kommentare sind in Schrägschrift gehalten.

Es geht bei der Erinnerung an den Krefelder Appell nur am Rande um Nostalgie. Es geht um das Nachvollziehen der grundlegenden politischen und gesellschaftlichen Veränderungen, die es in den letzten 40 Jahren gegeben hat, um daraus für die aktuellen Friedensaktivitäten politische und aktionsorientierte Konsequenzen ziehen zu können.



Demo in Kaiserslautern am 09.05.1981 (FOTO: Wolfgang Jung)

Unser Kommentar: In Erinnerung an den Krefelder Appell (s. https://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0023_kre&l=de) müsste man sich vor allem die Frage stellen, warum von der in den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts so breitgefächerten, in der Ablehnung neuer Mittelstreckenraketen aber einigen deutschen Friedensbewegung nur noch relativ wenige aktive, sich abschottende und häufig untereinander zerstrittene Gruppierungen übrig geblieben sind (s. dazu unbedingt auch http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP14618_121118.pdf).

Die deutsche Friedensbewegung wurde damals auch deshalb so stark, weil Printmedien wie SPIEGEL, Stern, Frankfurter Rundschau und Süddeutsche Zeitung und sogar die Öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten noch ausführlich und regelmäßig über die wegen der bevorstehende Raketenstationierung gewachsene Kriegsgefahr berichtet und damit den Widerstandswillen auch der jüngeren Generationen geweckt haben.

Auf Menschen, die zu Recht Angst um ihr Leben hatten, wirkte der Krefelder Appell, der den Verzicht auf neue Atomraketen in Europa forderte, wie ein mobilisierender und einigender Weckruf, und er ermutigte außerdem zur Gründung zahlreicher Friedensinitiativen auch in kleinen Gemeinden.

Es sind schon fast zwei Generationen verantwortungsbewusster Menschen, die sich seit den achtziger Jahren für den Frieden engagiert haben. Zwei Generationen, für die der Neoliberalismus das bestimmende politische Gewaltverhältnis ist und Kriege mit deutscher Beteiligung zu einer Normalität wurden. War es 1980 die Ost-West Konfrontation, die die Politik und das Bewusstsein bestimmten, so ist es heute das gefährliche Ringen um eine neue Weltordnung mit alten schwächer gewordenen Playern wie USA und Russland und neu aufsteigenden regionalen ja weltweiten Hegemoniemächten, besonders China aber auch Indien, Brasilien und die Türkei.

Unser Kommentar: *Ist es nicht vor allem das Streben nach Weltherrschaft, das die Regierungen der USA – unterstützt von ihren Vasallen in der NATO und anderen Militärbündnissen – mit Waffengewalt weltweit durchzusetzen versuchen, das immer wieder Unruhe stiftet und ständig neue Kriege entfacht? Was verstehen die Autoren unter "weltweiten Hegemoniemächten"? Russland und China widersetzen sich nur dem Hegemonialstreben der USA, Indien verfolgt lediglich regionale Ziele und die Türkei und Brasilien werden von machtbesessenen Emporkömmlingen regiert, die vor allem Unheil in ihren eigenen Ländern anrichten und sich in Konflikte in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft einmischen.*

100 Sekunden vor 12.00 Uhr, so stellen die Nobelpreisträger die Doomsdale Clock – so nah am Abgrund stand sie noch nie – auch nicht in der Zeit der zugespitzten Blockkonfrontation in den sechziger oder dem Beginn der achtziger Jahre. Die Gründe sind die Atomwaffen und ihre permanente Erneuerung, aber auch die anwachsende Dimension der Klimakatastrophe (Unterstreichungen LUFTPOST). 1980 sprachen wir noch nicht von der Krise der Zivilisation, die Dimension der Umweltherausforderungen wurde damals erst in Ansätzen sichtbar und thematisiert.

Unser Kommentar: *"Doomsdale Clock" und "die anwachsende Dimension der Klimakatastrophe" sind nicht nur peinliche Verschreiber, sondern auch Beispiele für den großzügigen Umgang mit Quellen und für großspurige, verschwurbelte Formulierungen. Im Bulletin of the Atomic Scientists zum Vorrücken der Doomsday Clock (das nachzulesen ist unter https://www.luftpост-kl.de/luftpост-archiv/LP_19/LP01920_080320.pdf) steht u.a.:*

"Es ist nur noch 100 Sekunden bis 12. Damit wollen wir darauf aufmerksam machen, dass die Welt nicht Stunden oder Minuten, sondern nur noch Sekunden von einer Katastrophe entfernt ist. So dicht waren wir dem Weltuntergang seit Einrichtung der Weltuntergangsuhr noch nie. Damit befinden wir uns im Notstand, denn der Zustand der Welt ist absolut inakzeptabel und lässt keine weiteren Irrtümer oder Verzögerungen mehr zu.

...

Wir teilen die Besorgnis über das Versagen des vielseitigen Vertragssystems, das die existenziellen Bedrohungen, mit denen wir uns derzeit konfrontiert sehen, hätte eindämmen können. Vom Rückzug der USA aus dem Pariser Klimaabkommen und dem Atomabkommen mit dem Iran bis zum totalen Stillstand bei den Gesprächen über die Abrüstung der Atomwaffen und zur Spaltung des UN-Sicherheitsrates sind sämtliche Mechanismen für eine friedliche Kooperation gerade dann blockiert, wenn wir sie am dringendsten bräuchten."

In dem Bulletin werden also nicht nur Ursachen für das Vorrücken der Doomsday Clock, sondern auch der Hauptverursacher USA genannt.

Ein Blick zurück zu einer der erfolgreichsten Aktionen der Friedensbewegung und zu einer Zeit millionenfacher Proteste gegen die Gefahren des Atomkrieges hat ganz viel mit heute zu tun – mit den aktuellen Herausforderungen, den Bedingungen, unter denen die Friedensbewegung heute agiert und dem Bewusstsein der Menschen. Es lohnt sich zurückzuschauen, um die Zukunft zu gestalten.

Der Krefelder Appell, der am 16. November 1980 öffentlich vorgestellt wurde, war ein Aufruf an die damalige Bundesregierung, die Zustimmung zur Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen in Europa – Stichwort: NATO-Doppelbeschluss (s. *dazu auch* <https://de.wikipedia.org/wiki/NATO-Doppelbeschluss>) – zurückzuziehen und innerhalb der NATO auf eine Beendigung des atomaren Wettrüstens zu drängen.

Er wurde von fast fünf Millionen Bundesbürgern unterzeichnet.

Unser Kommentar: Über der Liste, auf der Unterschriften unter den Krefelder Appell gesammelt wurden, stand in Fettschrift **"Der Atomtod bedroht uns alle – Keine Atomraketen in Europa"** (s. https://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0023_kre&l=de). Das war ein eindeutiger Hinweis auf die nicht nur für alle Bewohner der Bundesrepublik Deutschland bestehende akute Lebensgefahr und gleichzeitig eine Aufforderung an sie, nicht in Angst zu erstarren, sondern sich gemeinsam über weltanschaulichen Grenzen hinweg – auch mit möglichst vielen Unterschriften – gegen die als "Nachrüstung" deklarierte Stationierung neuer US-Mittelstreckenraketen in Europa aufzulehnen. Damit war das damals allgemein akzeptierte Hauptanliegen der Friedensbewegung formuliert, das zum einigenden Band für alle sich daraus entwickelnden Aktivitäten wurde (s. auch http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_19/LP08819_090819.pdf).

Heute kursieren neben ganz unterschiedlichen Aufrufen (zum Beispiel von der Kampagne Stopp Air Base Ramstein, s. <https://www.ramstein-kampagne.eu/aufruf/>) und der Initiative abrüsten statt aufrüsten, s. <https://abruesten.jetzt/2017/11/unterschriftenlisten-herunterladen/>) auch noch Erklärungen (zum Beispiel aus der Mitte der Friedensbewegung, s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_19/LP08320_071020.pdf und von BÜCHEL IST ÜBERALL! atomwaffenfrei.jetzt, s. http://www.atomwaffenfrei.de/fileadmin/user_upload/pdf_Dateien/Materialien/U_Liste_atomwaffenfrei_160704.pdf) und Petitionen (zum Beispiel von ICAN und anderen Organisationen, s. <https://aktion.nuclearban.de/node/9> und Open Petition, s. <https://www.openpetition.de/petition/online/abruestung-abzug-der-us-amerikanischen-atombomben>), die Friedensbewegte auf unterschiedliche Schwerpunkte orientieren und alle von ihnen unterschrieben werden sollen.

Diese Anliegen sind selbstverständlich alle berechtigt, aber jeweils nur für eine sehr begrenzte Anzahl von Bundesbürgern so wichtig, dass sie mit ihrer Unterschrift zu ihrer Durchsetzung beitragen möchten.

Unter den Aufruf **"Keine Erhöhung der Rüstungsausgaben – Abrüsten ist das Gebot der Stunde"** (s. <https://abruesten.jetzt/2017/11/unterschriftenlisten-herunterladen/>), der völlig wirkungslos bleiben wird, weil er noch nicht einmal an bestimmte Adressaten gerichtet ist, wurden nach Angaben der "Initiative abrüsten statt aufrüsten" bisher immerhin 175.000 Unterschriften gesammelt.

Den Aufruf **"Stoppt den Drohnenkrieg von deutschem Boden"** (s. unter <https://www.ramstein-kampagne.eu/aufruf/>) der "Kampagne Stopp Air Base Ramstein" (s. <https://www.ramstein-kampagne.eu/>), der auch auf andere Funktionen "dieses zentralen US-Drehkreuzes für die Vorbereitung und Durchführung völkerrechtswidriger Angriffskriege" aufmerksam machen sollte, auf Betreiben einiger Leute in Berlin aber auf den Drohnenkrieg via Ramstein verengt wurde (s. dazu unbedingt auch [3/12](http://www.luftpost-kl.de/luft-</p></div><div data-bbox=)

post-archiv/LP_16/LP00318_050118.pdf und http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP10518_180718.pdf), haben laut Unterschriftenliste bisher rund 23.000 Personen unterschrieben.

Der **Ramsteiner Appell** (weitere Infos dazu unter http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP00518_100118.pdf), auf den sich Friedensfreunde aus Friedensinitiativen in der Region Kaiserslautern im Mai 2006 verständigt haben und mit dem die Abgeordneten des Deutschen Bundestages aufgefordert wurden, "die Nutzung von Militärbasen auf unserem Territorium und die Einbeziehung des Luftraums über der Bundesrepublik zur Vorbereitung und Führung von völkerrechts- und grundgesetzwidrigen Angriffskriegen sofort durch einen Beschluss unserer Volksvertretung zu verbieten, wie es der Artikel 26 unseres Grundgesetzes zwingend vorschreibt", haben die zentralen Organisationen der deutschen Friedensbewegung nie unterstützt. Die damit verbundene Unterschriftensammlung wurde im Januar 2018 beim Stand von knapp 20.000 Unterschriften eingestellt.

Unter den genannten Aufrufen, Erklärungen und Petitionen hätte der alle Militärbasen in der Bundesrepublik einschließende **Ramsteiner Appell** sicher die größten Chancen gehabt, zur mobilisierenden Klammer zwischen allen Friedensinitiativen in unserem Land zu werden, wenn er die Unterstützung der relativ wenigen selbsternannten "Weichensteller" in den zentralen Friedensorganisationen gefunden hätte.

An den laufenden Unterschriftensammlungen werden sich wegen der unterschiedlichen Zielsetzungen garantiert nicht so viele Bundesbürger beteiligen wie an der Unterschriftensammlung zum Krefelder Appell.

Der Literaturnobelpreisträger Heinrich Böll gehörte vor 40 Jahren dazu. In einem Schreiben begründete er seinen Schritt. »Der uralte strategische Begriff Angriff ist die beste Verteidigung – den notfalls beide Seiten für sich in Anspruch nehmen würden –, macht Nach- und Aufrüstung im Zeitalter des Overkills zur Absurdität«. Weise Worte eines geachteten Literaten, die den Lebensnerv einer anwachsenden Zahl der Deutschen berührte.

Damals, im Zeitalter gegeneinander atomar hochgerüsteter Weltsysteme zweier Militärblöcke, galt, wer als erster schießt, stirbt als zweiter. »Die neuen Atomwaffen setzen das Rüstungsgleichgewicht außer Kraft«, so die Kritiker dieses neuerlichen Aufrüstungsschrittes, wodurch die Kriegsgefahr in Europa erhöht würde.

Es entwickelte sich breiter Widerstand, der im Krefelder Appell seinen deutlichsten Ausdruck fand. Der im Laufe weniger Monate millionenfach unterzeichnete Appell bestand nur aus einem einzigen Satz: Ich schließe mich dem Krefelder Appell an die Bundesregierung an, »die Zustimmung zur Stationierung von Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern in Mitteleuropa zurückzuziehen«. Die knapp 1000 Teilnehmer des Gesprächs vom 15. und 16. November 1980 hatten einen längeren Text beschlossen, dessen oben genannter Kernsatz zum Inbegriff des Friedenswillens vieler Menschen wurde.

Der von dem damaligen Bundeswehrgeneral Gert Bastian verfasste Text bildete die Grundlage des Gesprächs im Krefelder Seidenweberhaus, zu dem neben Gerd Bastian u.a. Petra Kelly, Martin Niemöller, Helmut Ridder, Christoph Strässer, Gösta von Uexküll und Josef Weber eingeladen hatten. In der Einladung hieß es: »Die Situation erscheint uns so dringlich, dass wir bisherige Vorbehalte im Gespräch zurückstellen sollten. Denn der Atomtod bedroht uns alle gleichermaßen«.

Der Krefelder Appell war Ergebnis der damaligen Bedrohung und der daraus resultierenden Ängste der Menschen. Er brachte die Probleme auf den Punkt, war unter Friedensbewegten konsensfähig und trug zur Polarisierung zwischen Rüstungsbefürwortern und Rüs-

tungsgegnern bei. Die Unterschriften wurden gezählt, notariell bestätigt, und der Bundesregierung und der Öffentlichkeit schubweise bis zum Stand von fünf Millionen mitgeteilt.

In der Krefelder Initiative trafen drei Generationen zusammen, wie der Schriftsteller Dieter Lattmann beobachtete und Martin Niemöller immer wieder bewundernd bemerkte. Mit ihrem Appell entstand eine bis dahin nicht gekannte Allianz. Dass der General, die grüne Umweltaktivistin, ein sozialdemokratischer Abgeordneter und traditionelle »Friedenskämpfer« aus dem christlichen und linken Spektrum gemeinsam auftraten, waren 1980 eine politische Sensation und eine Voraussetzung für die Ausstrahlungskraft dieser Initiative. Antifaschismus im besten Sinne des Schwures von Buchenwald verband die Generationen und war damals wie heute Grundlage des Friedensengagements. Zuspitzung auf das Wesentliche und Einigende war das Unterpfand des Erfolges, heute vielleicht vergleichbar mit dem Aufruf der Initiative „abrüsten statt aufrüsten“, die die aktuelle Aufrüstung in die Schranken weisen will.

Aus dem „Krefelder“ Grundgedanken aufeinander zugehen, um den Frieden gemeinsam zu verteidigen können wir vieles für heute lernen. Quälende, lähmende und destruktive Auseinandersetzung können im Dialog überwunden werden. Der Krefelder Appell ist das Beispiel das Differenzen ja Kontroversen das Einigende nicht gefährden, sondern fördern könnten. Ausgrenzung nutzt nur der Kriegspolitik der Regierenden – auch das ist eine Lehre aus 40 Jahre Krefelder Appell. Der Druck zur Abgrenzung vor allen von den „Kommunisten“ (das waren aber fast alle Linken) hat viele Parallelen zu heute, wenn auch die Abgrenzungsvokabeln andere sind. Das Ziel ist das gleiche.

Damals, beim Krefelder Appell, reichte die Liste prominenter Unterzeichner von Wolfgang Abendroth und Heinrich Albertz bis Heidemarie Wieczorek-Zeul und Peter Zadek. Einfacher wäre es aufzulisten, wer aus dem linken und demokratischen Lager nicht unterzeichnet hatte. Die Sozialdemokraten Erhard Eppler und Peter Glotz gehörten dazu. Sie warnen vor dem kommunistischen Einfluss, ohne allerdings damit große Wirkung zu erzielen. Der gewissermaßen als Staatsdoktrin herrschende Antikommunismus konnte die Wirkung des Appells zwar behindern, verhindern konnte er seinen Einfluss auf die bundesdeutsche Gesellschaft jedoch nicht. Trug er doch dazu bei, dass die Mehrheit der Deutschen bis heute »kriegsunwillig«, ja pazifistisch eingestellt ist.

Das ist die vielleicht größte Langzeitwirkung des Krefelder Appells und der Friedensaktionen der achtziger Jahre. Es gelang den Regierenden nicht, die deutsche Bevölkerung „kriegsreif zu schießen“, d.h. immer noch lehnt eine Mehrheit der deutschen Bevölkerung trotz massiver ideologischen Kampagnen, Lügen und Hetze, Krieg als Mittel der Politik ab. Wie viele aus ganz unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen auch heute bereit sind, sich zu engagieren, zeigt eindrucksvoll die Anzeige zur Abrüstung, die am 9. Mai in der Süddeutschen Zeitung veröffentlicht wurde. (www.abruesten.jetzt/Anzeige)

Wie so oft bei Kampagnen wie dem Krefelder Appell entwickelte sich die Zustimmung von unten nach oben; bei der SPD, den Gewerkschaften wie auch den Kirchen. Es ging dabei nicht nur um eine Unterschrift, sondern um ein großes Gespräch sowie einen allgemeinen Lernprozess. Die Menschen waren hoch motiviert und mobilisierten sich selbst. Demokratische Selbsttätigkeit wurde zu einer neuen Erfahrung. Die Gründung von Friedensinitiativen, die wie Pilze aus dem Boden schossen, war für viele eine wichtige Erfahrung der Selbstorganisation und des eigenen Engagements. Viele von diesen Basisstrukturen und ihre Vernetzung bestehen bis heute und sind die Grundlage einer friedenspolitischen Infrastruktur in unserem Land. Die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften – vor 40. Jahren eine große Herausforderung – hat sich in den letzten Jahren zu einer stabilen Vernetzung entwickelt.

Der Appell wurde von Anhängern aller Parteien im Bundestag, den Grünen und der DKP getragen; von vielen Jugendorganisationen; von Mitgliedern der Gewerkschaften und Angehörigen der Verbände beider Konfessionen; von der Ökologiebewegung und der Deutschen Friedens-Union (DFU); von Frauenorganisationen aller Richtungen, Studentenverbänden, Jugendringen und Schülervertretungen; von Künstlern, Wissenschaftlern, Schriftstellern und Publizisten.

Trotz immer wiederkehrender Angriffe blieb es beim überparteilichen Charakter des Krefelder Appells. Den respektierte auch die DKP, die engagiert mitwirkte und deren Mitglieder sich beachtlich für den Appell einsetzten. Die DKP war ebenso wie die DFU Bestandteil – nicht Stichwortgeber – dieses breiten gesellschaftlichen Bündnisses für den Frieden. Im Kreis der Initiatoren fielen die politischen und organisatorischen Entscheidungen, weder in Moskau noch in Ostberlin.

Die Friedensbewegung war vor 40 Jahren auch und besonders eine Bewegung der Jugend. Heute gilt es junge Menschen wieder für die Friedensbewegung zu motivieren, indem diese ihre eigenen Zugänge und Aktionen entwickelt und findet. Existierende Bewegungen der Jugend wie „Friday for Future“ oder Seebrücke sind große Hoffnungen, dass sich wieder mehr junge Menschen für die Überlebensfrage in neuen politischen Verbindungen und Strukturen engagieren.

Besonders spektakulär war der Einfluss des Krefelder Appell auf dem Hamburger Evangelischen Kirchentag 1981. 55 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer unterzeichneten den Appell. »Weil Christus kein Killer ist, haben die Apostel des Overkills mit seinem Evangelium nichts zu tun«, so Uta Ranke-Heinemann.

Die Veränderungen der friedenspolitischen Positionen der SPD vom Ja zum Nein gegen die Atomwaffen ist sicherlich auch dem Krefelder Appell zuzurechnen. Veränderungen, auch von festgefahren Positionen sind durch das Engagement vieler Menschen, das seinen organisatorischen und politischen Ausdruck finden muss, möglich. Das Roll back von SPD und Grünen von grundlegenden friedenspolitischen und Anti-Kriegspositionen ist sicher einer der großen Verluste der letzten 30. Jahre und hat massive Auswirkungen auf die politische Kultur unseres Landes und die Friedensbewegung.

Die Krefelder Initiative verstand sich auch als inspirierendes und einigendes Dach der neu entstehenden berufsbezogenen Friedensinitiativen. Über deren Funktion schrieb Professor Peter Starlinger von der Naturwissenschaftler-Initiative, dass sie spezifische berufliche und fachliche Erfahrungen in die politische Diskussion einbringen können. Die Krefelder Initiative stellte in einer Veröffentlichung 20 »Berufsbezogene Initiativen« vor. Sie reichten von Architekten für den Frieden und Betrieblichen Friedensinitiativen bis Sportler gegen Atomraketen und Sprachwissenschaftler für den Frieden. Viele bestehen noch heute.

Die Krefelder Initiative stand weiter für vielfältige Aktivitäten wie große Foren, Künstlerfeste, ein deutsch-amerikanisches Friedensfest, eine internationale Friedensstafette, Aktionen der »Berufsbezogenen Friedensinitiativen« und örtliche Diskussionsrunden. Politische Foren gab es 1981 in Dortmund, 1983 in Bonn und 1984 wiederum in Dortmund. Bei den Künstlerfesten 1981 in Dortmund und 1982 in Bochum mit über 200 000 Teilnehmer und Teilnehmerinnen, 1984 in Dortmund und 1985 in Hannover beteiligten sich namhafte Künstler wie Harry Belafonte, Gitte Haenning, Miriam Makeba, Udo Lindenberg, Hannes Wader und André Heller.

Auch Anstöße zu weiteren Aktionen gingen von den »Krefeldern« aus. So entstand ein neuer friedenspolitischer Diskurs von unten, der nicht nur Atomwaffen prinzipiell ablehnte, sondern die NATO als Zentrum des Militarismus generell infrage stellte.

Die Politik der „gemeinsamen Sicherheit“ – auch vor fast 40 Jahren von der Palme Kommission systemübergreifend entwickelt, ist der politische und philosophische Ausdruck dieses Friedenswillens und der Friedenssehnsucht.

Zivile Konfliktbearbeitungsstrategien wurden verstärkt entwickelt. Dabei spielte die (damals noch) pazifistische Partei »Die Grünen« eine wichtige Rolle. Ihr erstmaliger Einzug in den Bundestag 1983 war ein Meilenstein auch für parlamentarische Veränderungen. Friedensparteien im Bundestag sind für die Friedensbewegung wichtig und hilfreich. Dies gilt heute ausschließlich für die Partei „die Linke“. Gegensteuern gilt aber auch für einzelne Abgeordnete von SPD und Grünen.

Nach dem Scheitern der Regierung Schmidt 1982 stimmte der Bundestag unter Kanzler Kohl im Jahr 1983 mehrheitlich der Stationierung der neuen Atomraketen zu. Die »Krefelder« entwickelten daraufhin im November 1984 die neue Kampagne »Hiroshima mahnt – Stoppt den Rüstungswahnsinn«. Die atomare Aufrüstung sollte demnach gestoppt, die militärische Nutzung des Weltraums verboten und der Rüstungshaushalt eingefroren werden.

Unser Kommentar: Die Behauptung, der sich entwickelnde breite Widerstand gegen die Stationierung neuer Atomraketen habe "im Krefelder Appell seinen deutlichsten Ausdruck gefunden", trifft so nicht zu. Der Krefelder Appell und die bei der bundesweiten Sammlung von Unterschriften geführten vielen Diskussionen mit Befürwortern und Gegnern der "Nachrüstung" haben die sprunghafte Entwicklung des Widerstandes, der sich aus den zahlreichen neugegründeten Friedensinitiativen heraus entwickelt hat, erst ausgelöst.

Der Historiker Udo Baron (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Udo_Baron) hat in seinem Bericht "Die verführte Friedensbewegung", der aufzurufen ist unter https://www.kas.de/documents/252038/253252/7_dokument_dok_pdf_2877_1.pdf/d1835bdb-2710-f0cc-9582-ad0b6d7b1166, die "heute nachweisbare Einflussnahme von SED und MFS" auf die Friedensbewegung untersucht. Dieser Bericht ist trotz der voreingenommenen, antikommunistischen Einstellung des Verfassers lesenswert, weil er wichtige Fakten über "die Krefelder Initiative" und das "Komitee für Frieden Abrüstung und Zusammenarbeit" in Köln, abgekürzt KOFAZ, enthält. Außerdem ist er ein Beleg dafür, dass sich die damalige Regierung der DDR viel größere Sorgen um das Überleben aller Deutschen gemacht hat, als die Befürworter der "Nachrüstung" in der Bonner Regierung. Baron nennt auch viele wichtige Namen. Reiner Braun ist übrigens nicht darunter.

Das KOFAZ und seine an der Gründung vieler Friedensinitiativen beteiligten Mitarbeiter Gunnar Matthiesen und Achim Maske kommen – wie Prof. Gerhard Kade, der Verfasser des wichtigen Buches "Die Bedrohungslüge" (s. <https://www.amazon.de/Die-Bedrohungsl%C3%BCge-Legende-Gefahr-Osten/dp/3760904289>) – in diesem von Reiner Braun und Horst Trapp verfassten Artikel über den Krefelder Appell überhaupt nicht vor.

Seltsamerweise loben die beiden Autoren, die "Bereitschaft, aufeinander zuzugehen", die es allerdings schon zu Zeiten des Krefelder Appells nur sehr begrenzt gegeben hat:

"Aus dem 'Krefelder' Grundgedanken aufeinander zugehen, um den Frieden gemeinsam zu verteidigen (,) können wir vieles für heute lernen. Quälende, lähmende und destruktive Auseinandersetzung(en) können im Dialog überwunden werden."

Sie loben auch den Schriftsteller Heinrich Böll, vergessen dabei aber, den spaltenden, antirussischen Kurs zu erwähnen, den die nach ihm benannte "GRÜNEN"-Stiftung steuert (s. dazu auch <https://www.boell.de/de/startseite> und <https://www.boell.de/de/2020/01/17/nach-putin-ist-vor-putin>).

Der zwanghafte Antikommunismus, der die "DIE GRÜNEN" damals prägte, hat sich nahtlos in eine ebenso zwanghafte Russophobie (s. <https://de.wikipedia.org/wiki/Russophobie>) verwandelt.

Schon in der Friedensbewegung der 80er Jahre sind die GRÜNEN nur bedingt "auf andere zugegangen" und das weniger, "um gemeinsam mit ihnen den Frieden zu verteidigen", sondern um möglichst viele Friedensbewegte als Wähler zu gewinnen, die ihnen ja dann auch den Weg in die Parlamente und an die "Fleischtöpfe" geebnet haben.

Als "Hauptfeind" haben die GRÜNEN schon damals nicht die Kriegstreiber im Westen angesehen, sondern vor allem die von Moskau und Ostberlin "ferngesteuerten" Mitglieder der DKP in der Friedensbewegung.

DKP-Mitglieder und viele andere Aktive durften die Demos und Kundgebungen anmelden, die mit Lautsprecheranlagen auszustattenden LKWs besorgen und die Ordner stellen. Wenn alles fertig war, kam dann oft ein einzelner "GRÜNER" angeradelt, stellte sein Fahrrad demonstrativ möglichst nahe an der improvisierten Rednertribüne ab und wollte als Erster reden.

Der damals im Kofaz Kaiserslautern aktive Herausgeber der LUFTPOST wurde in einem Zeltlager einer Kirchengemeinde, in das er als Referent eingeladen worden war, von einem prominenten GRÜNEN, der später in den Bundestag einzog, als "DKP-Kommunist" denunziert und dann auch prompt mit einem Berufsverbotsverfahren (s. <https://de.wikipedia.org/wiki/Radikalenerlass>) überzogen. Wegen vieler Solidaritätsbekundungen – auch aus dem benachbarten Ausland – "verurteilte" mich das Verwaltungsgericht in Neustadt a.d. Weinstr. "nur" zu einer Gehaltskürzung. Ich blieb Lehrer, habe weiter unterrichtet, und die mir vorenthaltenen Bezüge wurden mir später, weil das Land Rheinland-Pfalz einen "Entschädigungsprozess" vermeiden wollte, durch "Gnadenerweis" nachgezahlt.

Ich musste zwar ein von 1982 bis 1986 dauerndes nervenaufreibendes "Dienstordnungsverfahren" über mich ergehen lassen, das viele persönliche Beziehungen und berufliche Perspektiven zerstört hat, kam aber ansonsten relativ glimpflich davon. Zahlreiche Beamtenanwärter und Beamte im Schuldienst, bei der Bundespost, der Bundesbahn oder beim Zoll, auch solche die nicht in der DKP waren, sich aber für die Friedensbewegung und den Krefelder Appell engagiert haben, wurden und blieben entlassen und warten bis heute auf ihre Rehabilitierung und Entschädigung.

Reiner Braun und Horst Trapp verlieren allerdings kein Wort über die "Berufsverbote" und die Risiken, die Friedensbewegte zu Zeiten des Krefelder Appells in Kauf nehmen mussten.

Die Millionen Unterschriften unter den Krefelder Appell konnten leider nicht verhindern, dass die Pershing II und Cruise Missiles ab 1983 in Westeuropa, vor allem aber in der Bundesrepublik Deutschland stationiert wurden. Sie haben aber sicher dazu beigetragen, dass diese Mittelstreckenraketen bereits ab 1987 wieder abgezogen wurden – nachdem sich Reagan und Gorbatschow auf den INF-Vertrag (s. dazu auch http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_19/LP08819_090819.pdf) verständigt hatten.

Dieser Vertrag schuf wesentliche Voraussetzungen für schwerwiegende Folgeereignisse: Am 31. März 1991 wurde der seit 1955 bestehende Warschauer Vertrag aufgelöst (s. <http://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/223801/1991-ende-warschauer-pakt>), am 21. Dezember 1991 zerfiel die Sowjetunion (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Zerfall_der_Sowjetunion).

Am 9. November 1989 wurde die Berliner Mauer geöffnet und am 3. Oktober 1990 wurde der Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zur Bundesrepublik Deutschland vollzogen (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Deutsche_Wiedervereinigung), der eigentlich eine "feindliche Übernahme" der DDR durch die BRD war.

Die damals aufkeimende Hoffnung auf einen dauerhaften Frieden in Europa erwies sich schon bald als trügerisch, weil die USA und ihr Bündnispartner Bundesrepublik Deutschland mit der Osterweiterung der NATO alle Gorbatschow und Jelzin gegebenen Versprechen gebrochen haben (weitere wichtige Infos dazu s. unter https://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP00418_080118.pdf und http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP04318_110418.pdf).

Reiner Braun und Horst Trapp vertreten außerdem folgende These:

"Friedensparteien im Bundestag sind für die Friedensbewegung wichtig und hilfreich. Dies gilt heute ausschließlich für die Partei „die Linke“. Gegensteuern gilt aber auch für einzelne Abgeordnete von SPD und Grünen."

Die einzige Friedenspartei im Deutschen Bundestag war die KPD, und die wurde verboten – vor allem, weil sie gegen die Remilitarisierung der Bundesrepublik war. Die DFU und die DKP haben den Einzug in unser Parlament nicht geschafft. DIE LINKE, die gern als "Friedenspartei" posiert, erfüllt diesen Anspruch schon deshalb nicht, weil sie ständig um eine Koalition mit *d i e s e r* SPD und *d i e s e n* "GRÜNEN" buhlt. Mit dem zwiespältigen Verhalten der Partei DIE LINKE haben wir uns ausführlich in den LUFTPOST-Ausgaben beschäftigt, die aufzurufen sind unter:

http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP08516_050716.pdf ,
http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP02117_080217.pdf ,
https://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP05117_030417.pdf und
http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP19917_221217.pdf .

Außerdem wüssten wir gern, welche "Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN" beim Aufrüstungs- und Kriegskurs ihrer Parteien "gegensteuern"?

Atomkriegsgefahr auch heute nicht gebannt

Zwar gaben die friedenspolitischen Vorschläge Michail Gorbatschows der Perspektive einer Welt ohne Atomwaffen neue Impulse. Doch heute, nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation gibt es 36 Kriege und über 200 bewaffnete Konflikte. Die Gefahr eines Atomkrieges ist absolut real. Völkerrechtswidrige Kriege um politischen und wirtschaftlichen Einfluss drohen zu eskalieren, Atomwaffen lagern einsatzbereit nach wie vor auch auf deutschem Boden, und der Einsatz atomarer Waffen ist weiterhin Bestandteil der Kriegsführungsstrategien. Die NATO wurde zu dem Militärbündnis der Welt ausgebaut.

Widerstand entwickelt sich konkret 1980 wie heute. Gegen das Klimadesaster, Stuttgart 21, die Atomenergie oder auch gegen neue Kriege. Spontan oder organisiert. Dabei werden grundlegende Veränderungen der gesellschaftlichen Aktionstätigkeit deutlich. So durch das Internet und die gesamte elektronische Kommunikation, durch die viel stärkere internationale Vernetzung des Protestes, aber auch durch das deutlich erkennbare kurzfristige und projektorientierte Engagement der handelnden Akteure. Onlineaktivitäten sind gerade mit der Coronapandemie nicht mehr aus dem Handlungsportefeuille der Friedensbewegung wegzudenken. Diese Vernetzungen verbinden, ersetzen aber weder das Treffen noch die „Straße“. Wahrscheinlich liegt in einer klugen strategischen Verbindung die Zukunft.

Heute sollen die Deutschen im Zuge einer konfrontativen Neujustierung der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik gegenüber China und Russland wieder an aggressive Konfrontation und Krieg gewöhnt werden. Neue Propagandamuster erneuern den historischen Antikommunismus durch eine neue Russlandhetze und diese werden ergänzt durch neue Feindbildkonstruktionen, genannt seien nur die Stichworte »Terrorismus« und »Islam«. Innenpolitische Feindbilder zur Absicherung eines autoritären Führungsstaates kommen hinzu. Da ist es angebracht, sich zu erinnern, dass die Friedensbewegung die Demokratie braucht wie die Luft zum Atmen.

Der Krefelder Appell und die Bewegung, die sich um ihn herum entwickelte, brachten zwar nicht das unmittelbar angestrebte Ergebnis. Sie führten jedoch zu einem Bewusstseinswandel und dem Glauben an die eigene Kraft, wie sich in zahlreichen aktuellen Auseinandersetzungen zeigt. Die damaligen Auseinandersetzungen verweisen aber auch darauf, dass außerparlamentarische Initiativen die gesellschaftliche Hegemonie in politischen Fragestellungen gewinnen können.

Die Internationalisierung der Friedensarbeit wurde auch durch die Krefelder Initiative und ihre internationale Vernetzung besonders durch die berufsbezogenen Friedensinitiativen ein untrennbarer Bestandteil der Friedensarbeit. Aktionsorientierter Höhepunkt ist sicher der zig millionenfache Protest weltweit am 15.02.2003 gegen den Irak Krieg.

Für die Friedensbewegten unterstreicht der Rückblick auf den Krefelder Appell: Es ist gut und wichtig, sich organisationsübergreifend auf überschaubare Ziele zu einigen, und um diese eine Auseinandersetzung zu führen. Das ist bekanntlich nicht immer einfach, weil die zahlreichen Organisationen und Initiativen breit gefächerte spezifische Ziele verfolgen. Im Zusammenhang mit den Aktionen gegen das 2 %Ziel der NATO, gegen Rüstungsexporte ist dieses jedoch ebenso gelungen wie beim Kampf gegen die Atomrüstung.

Erreicht werden kann dieses und weitergehende Ziele nur, bei der Orientierung der Friedensbewegung auf die Gewinnung der Unterstützung durch die Mehrheit der Bevölkerung oder um es mit Gramsci zu sagen, bei der Erringung der kulturellen Hegemonie. Es bleiben die grundsätzlichen Erkenntnisse: Frieden braucht Bewegung und vielfältige breite Koalitionen. Der Krefelder Appell ist nicht wiederholbar, aus den dabei gemachten Erfahrungen lernen können wir allemal. Erinnern lohnt sich.

Horst Trapp und Reiner Braun gehörten der Krefelder Initiative an.

Unser Kommentar: Die Gefahr eines Atomkrieges, der alles Leben auf der Erde auslöschten würde, ist heute sehr viel größer, als sie zu Zeiten des Krefelder Appells war (s. dazu auch https://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP_19/LP01920_080320.pdf und http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP09615_070515.pdf). Das scheint Reiner Braun und Horst Trapp völlig entgangen zu sein.

Mit der Errichtung ihres Raketenabwehrschildes in Europa (s. http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP14117_010917.pdf und http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP_19/LP13519_271119.pdf) haben sich die USA gleichzeitig die Möglichkeit verschafft, das landgestützte Aegis-Raketenabwehrsystem mit Cruise Missiles größerer Reichweite und das mobile THAAD-System mit Raketen größerer Reichweite zu bestücken, die auch Atomsprengköpfe tragen können. Damit ist eine noch gefährlichere Bedrohungslage für Europa und Russland entstanden als zu Zeiten des Krefelder Appells, denn die US-Mittelstreckenraketen sind jetzt viel näher an die russische Westgrenze herangerückt und die Vorwarnzeit für russische Abwehrmaßnahmen ist dadurch extrem kurz geworden.

Russland hat immer wieder vor dieser Zuspitzung gewarnt und und macht bis heute Entspannungsangebote, die in den USA, bei der NATO und bei der Bundesregierung aber nur auf Ablehnung stoßen (s. dazu auch http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_19/LP09020_061120.pdf).

Leider ist diese immer größer werdende Gefahr nicht nur der Mehrheit der deutschen Bevölkerung, sondern auch vielen friedensbewegten Menschen nicht bewusst.

Mitverantwortlich dafür sind auch die deutschen Medien, die völlig unabhängig davon, ob sie in Privatbesitz, parteinah oder öffentlich-rechtlich sind, nur noch Journalisten beschäftigen, die einfach akzeptieren, dass sie die kriegstreiberische Politik der USA, der NATO und der Merkel-Regierung nicht kritisieren dürfen.

Ein aktuelles Beispiel dafür ist der Artikel "Der Anfang einer neuen Friedensbewegung?", den der bekannte Journalist Heribert Prantl am 15.11.20 in der Süddeutschen Zeitung veröffentlicht hat (s. unter <https://www.sueddeutsche.de/politik/prantls-blick-friedensbewegung-frankfurter-appell-1.5115825>). Prantl kritisiert darin zu Recht, dass afrikanische Kindersoldaten mit aus der Bundesrepublik stammenden Sturmgewehren morden müssen. Abhilfe erwartet er aber leider nur von der "Initiative abrüsten statt aufrüsten". Er hofft, dass deren völlig perspektivloser "Frankfurter Appell" (s. unter <https://www.friedenskoooperative.de/sites/default/files/datei/aktionstag-fuer-abruestung-am-5-dezember-geplant-3825.pdf>) die gleiche mobilisierende Wirkung wie der Krefelder Appell entfalten und zum Grundkonsens "einer neuen Friedensbewegung" werden könnte. In der LUFTPOST 94/20 (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_19/LP09420_021220.pdf) haben wir uns bereits mit diesem "Frankfurter Appell" beschäftigt, in dem eigentlich nur zu einem bundesweiten Aktionstag für Abrüstung und neue Entspannungspolitik am 5. Dezember 2020 aufgerufen wird. Die darin erhobene allgemeine Forderung nach Abrüstung und Entspannung, die sich noch nicht einmal an bestimmte Adressaten richtet, wird wie immer wirkungslos verpuffen und nicht sehr viele Menschen auf die Straße locken, weil sie nicht auf die akute Atomkriegsgefahr aufmerksam macht, die uns auch heute wieder alle bedroht.

Auch mit ihrem "Frankfurter Appell" haben die wenigen Weichensteller in den zentralen Organisationen der deutschen Friedensbewegung – aus Gründen, über die man nur spekulieren kann – ihre seit Jahren praktizierte Taktik fortgesetzt, die wenigen, noch aktiven Friedensbewegten auf "Nebenkriegsschauplätze" zu orientieren, um sie vom riskanten Treiben der USA und der NATO in unserem Land abzulenken (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_19/LP00119_020119.pdf).

Sie weigern sich hartnäckig, die für unser aller Überleben zwingend notwendige Kündigung des Vertrages über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_19/LP04620_190620.pdf und <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/themen/internationales-recht/-/240236> und) und den Austritt der Bundesrepublik aus der NATO (s. https://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_05/LP01805_010705.pdf und <http://www.staatsvertraege.de/natov49.htm>), der anschließend erfolgen muss, in ihre Forderungskataloge aufzunehmen und zu dem einigenden Band zu machen, das der Krefelder Appell einmal war.

Mit diesen beiden Forderungen, die sich in der prägnanten Formel "NATO raus – raus aus der NATO!" zusammenfassen lassen, und durch die gezielte Verbreitung des reichlich vorhandenen Aufklärungsmaterials über die besonders in unserem Land laufenden Vorbereitungen für einen Atomkrieg gegen Russland und/oder China müssen die Menschen darüber informiert werden, dass sie ganz plötzlich den Atomtod sterben könnten. Auch wenn sie derzeit vor allem die Bedrohungen sehen,

die von COVID-19 und dem Klimawandel ausgehen, werden sie wie zu Zeiten des Krefelder Appells sicher wieder zu großen Protestveranstaltungen und Demonstrationen auf die Straße gehen, wenn sie begreifen, dass wir auch heute wieder alle vom Atomtod bedroht sind.

Die Kampagne, die dieses wichtige Vorhaben angehen könnte, gibt es schon (s. <http://www.natoraus.de/>). Sie müsste nur endlich richtig in die Gänge kommen und zum Beispiel mit dem kurzen

Friedensappell

"Der Atomtod bedroht uns alle – deshalb NATO raus und raus aus der NATO!"

zur Gründung lokaler Friedensinitiativen aufrufen. Die müssten unbedingt unabhängig von Parteien und den bestehenden zentralen Friedensorganisationen bleiben. Beim Sammeln von Unterschriften unter diesen Friedensappell und mit lokalen Infoveranstaltungen müssten sie Menschen in ihrer Umgebung über die bestehende akute Atomkriegsgefahr aufklären und erst zu regionalen und später zu zentralen Kundgebungen und Demos zusammenführen, die von der Kampagne "NATO raus – raus aus der NATO" zu organisieren wären.

<http://www.luftpost-kl.de/>

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern